

Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FREIE WÄHLER, WGS und DIE LINKE-PARTEI., FDP: Resolution für die Demokratie und gegen den Rechtsextremismus

## **Resolution**

### **Für die Demokratie und gegen den Rechtsextremismus**

Der Stadtrat von Koblenz setzt ein klares Zeichen gegen rechtsextremes Gedankengut. Unsere Geschichte sollte uns Mahnung sein, was ein nationalsozialistisches Regime mit seiner menschenfeindlichen Ideologie für unermessliches Leid über die Menschen gebracht hat.

Sei es der gezielte und industriell betriebene Mord an mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden und vielen weiteren ethnischen Gruppen, insbesondere Sinti und Roma, die Entrechtung und Verfolgung von Oppositionellen, Homosexuellen, Freigeistern und Künstlern, grausame Euthanasieprogramme oder ein Krieg, der als Flächenbrand nahezu die ganze Welt in Brand setzte.

Dieser geschichtliche Hintergrund war für die Mütter und Väter des Grundgesetzes Leitmotiv uns eine Verfassung zu geben, die die individuellen Freiheitsrechte an den Anfang stellt und für unabänderlich erklärt. Das ist Erbe und Auftrag für alle Demokratinnen und Demokraten, diese Verfassung gegen Intoleranz und Demokratiefindlichkeit zu verteidigen.

Es kann nicht sein, dass in unserem Land wieder Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft angegriffen werden, dass sich queere Menschen nicht sicher fühlen. Gemeinsam müssen wir jeden Tag für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Land eintreten.

Die Verrohung der Sprache und des Miteinanders, die Verbreitung von Falschinformationen, das Instrumentalisieren von Protesten mit dem Ziel, Menschen gegeneinander aufzuhetzen und das Anbieten vermeintlich einfacher Lösungen für die Probleme der Gegenwart müssen auf den entschiedenen Widerstand aller Demokraten treffen. Demokraten streiten hart um den richtigen Weg für unser Land, stehen aber geschlossen bei der Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Jüngst veröffentlichte Recherchen, die krudestes Gedankengut von Rechtsextremisten bekannt gemacht haben, waren wie ein Weckruf, der in den vergangenen Tagen und Wochen in ganz Deutschland Hunderttausende Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft auf die Straße gebracht hat, um unsere Demokratie zu verteidigen. Der Koblenzer Stadtrat erklärt sich solidarisch mit den Demonstrierenden, insbesondere mit den mehr als 5000 Menschen, die in Koblenz auf die Straße gegangen sind. Die erschreckenden Vorfälle von Potsdam haben deutlich gemacht, dass unserer Demokratie derzeit die größte Gefahr von rechts droht.

Unsere Demokratie ist wehrhaft. Wir werden sie nicht den Menschenfeinden und Antidemokraten überlassen. Nie wieder ist Jetzt!